

AKTUELL

PSYCHIATRIE

Institutionalisierte Gewalt

Melanie Czarnik

Fixierungen als Routinemaßnahme, kaum Dokumentation, mangelnde Patient*innenrechte. Ein vom Ombudsman in Auftrag gegebenes Gutachten attestiert dem Großherzogtum gravierende Defizite.

Ein psychiatrischer Patient schluckt Rasierklingen. Statt operiert zu werden, wird er im Centre hospitalier du Nord (CHdN) in Ettelbrück an Händen, Füßen und dem Bauch mehrere Tage am Bett fixiert. Im Centre hospitalier Emile Mayrisch (CHEM) in Esch wird ein Patient mit akuten Verfolgungsideen eingeliefert. Bei dem jungen Mann sind paranoide, schizophrene Episoden bekannt, er ist weder aggressiv, noch stellt er für sich selbst eine Gefahr dar. Dennoch wird er über Tage ans Bett gefesselt, morgens wird seine rechte Hand gelöst, damit er sein Frühstück zu sich nehmen kann. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird ein emotional aufgebrachtes Kind von Pflegekräften in ein Bettlaken gewickelt, bis es sich nicht mehr bewegen kann und erst dann wieder befreit, wenn es Wiedergutmachungsabsicht zeigt – dies ist kein Einzelfall, sondern „Teil des Behandlungskonzepts“.

Szenen wie diese gehören für Menschen, die mit einer Zwangseinweisung in einer der psychiatrischen Abteilungen von Luxemburgs Krankenhäusern landen, zum Alltag. Das zeigt ein aktuelles Gutachten, das der Contrôle externe des lieux privés de liberté (CELPL) des Ombudsman in Auftrag gegeben und vergangenen Dienstag veröffentlicht hat. Der deutsche Gutachter Prof. Dr. Tilman Steinert, Psychiater und Experte für Zwangsmaßnahmen, bewertete neben der gesetzlichen Grundlage, auch Informationen zu (zwangs) eingewiesenen Patient*innen aus allen psychiatrischen Abteilungen der hiesigen Krankenhäuser (CHdN, CHEM, Centre hospitalier de Luxembourg, Hôpitaux Robert Schuman) sowie dem Centre hospitalier neuro-psychiatrique (CHNP). Zudem erhielt er Einsicht in jeweils zwei vollständige Fallakten pro Einrichtung, für das CHdN sogar drei.

Das Gutachten enthüllt gravierende Defizite. Die Qualität der Dokumentation und Behandlung im Umgang mit Zwangsmaßnahmen variiere stark, sei jedoch in allen Einrichtungen außer dem CHNP durchweg mangelhaft. Zudem „vermisst man in allen durchgesehenen Krankenakten das Grundverständnis, dass die Willensäußerungen von Patienten relevant sind“, fasst der Experte seinen Eindruck zusammen.

Fehlende Patient*innenrechte, die sich für ihn schon in der veralteten, paternalistischen Gesetzgebung zeigen: „Im luxemburgischen Gesetz fällt auf, dass die betroffene Person als Subjekt mit eigenen Rechten nahezu nicht in Erscheinung tritt.“ Vielmehr legitimieren die beiden für Zwangseinweisung in die Psychiatrie zugrunde liegenden Gesetze von 1992 und 2009 Zwangsmaßnahmen wie Fixierungen, Isolierungen und Zwangsmedikation automatisch mit der Einweisung, ohne dass es weiterer richterlicher Beschlüsse oder Ähnliches bedarf.

Teil der Klinikultur

Eine Praxis, die sich deutlich von modernen psychiatrischen Standards in anderen europäischen Ländern unterscheidet. In Luxemburg laufen Patient*innen dagegen Gefahr, Opfer eines Systems zu werden, in dem Zwang zur ungeschriebenen Klinikultur gehört. Anders als in den fachlichen Leitlinien vorgesehen – also den medizinisch-ethischen Empfehlungen zur Behandlung in der Psychiatrie – werden Zwangsmaßnahmen nicht als „Ultima Ratio“, also letztes Mittel, eingesetzt. Vielmehr erfüllen sie in der Praxis teils auch funktionale oder sogar disziplinierende Zwecke. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind Fixierungen in Bettlaken geradezu Bestandteil des Behandlungskonzepts und verfolgen einen angeblich pädagogischen Zweck. Die Beschreibung der Prozedur, die in Gänge in das Gutachten eingefügt wurde, erinnert an Erziehungsanstalten aus den 1950er-Jahren.

In seinen Forderungen zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung schließt sich der CELPL weitgehend Steinerts Empfehlungen an. Es bedarf in Luxemburg einer umfassenden Reform des luxemburgischen Gesetzesrahmens zur Zwangsunterbringung in der Psychiatrie. Zwangsmaßnahmen müssen explizit gesetzlich geregelt werden, inklusive klarer Kriterien wie Einwilligungsunfähigkeit zusammen mit akuter Gefährdungslage. Zudem sollen die Dokumentation und Behandlungspraxis verbessert werden mit einem Fokus auf Deeskalation und einer gesetzlich vorgeschriebenen 1:1-Betreuung bei Fixierungen. Da sich erhebliche Unterschiede in der Qualität zeigten – mit dem CHNP an der Spitze und dem CHEM als klares Schlusslicht –, wird zudem ein interdisziplinärer Austausch zwischen den Kliniken empfohlen und ein „Trialog“ zwischen Fachkräften, Betroffenen und Angehörigen gefordert.

SHORT NEWS

Cargolux : polluer plus pour gagner plus

(fg) - Désastre environnemental et social, la « fast fashion » et plus largement l'e-commerce depuis la Chine fait le bonheur de Cargolux. Les dirigeants de la compagnie luxembourgeoise de fret aérien ont annoncé, ce 23 avril, des profits record en 2024, avec un chiffre d'affaires qui bondit à 3,3 milliards de dollars (contre 2,2 milliards en 2019, avant le Covid) et un bénéfice net s'établissant à 448 millions de dollars. Ce succès financier est avant tout porté par les plateformes chinoises Shein, Temu et Alibaba. Soit trois des plus importants acteurs mondiaux du commerce en ligne et champions de la « fast fashion » en ce qui concerne Shein et Temu. Grâce à la multiplication des vols dits « charters » au profit de ces sociétés, les avions de Cargolux ont davantage volé en 2024. Si la direction de Cargolux s'en réjouit, l'augmentation du nombre de colis acheminés est une mauvaise nouvelle pour le climat et l'environnement, les émissions des vols tout autant que la « fast fashion » étant particulièrement destructrices pour l'un et l'autre. La production de vêtements peu coûteux, qui permet aux enseignes de remplacer leurs collections toutes les deux semaines (à l'image Zara), s'accompagne d'une hausse exponentielle de l'usage du polyester, tiré du pétrole. L'empreinte carbone du secteur représente environ 2 % des émissions de gaz à effet de serre mondiales, calcule Greenpeace, jugeant que si les « tendances d'achat se poursuivent, cette part atteindra 26 % en 2050 ». La production textile à bas coût s'appuie aussi sur l'utilisation accrue de produits chimiques très polluants. « Sur un t-shirt vendu 29 euros en Europe, les ouvrières asiatiques touchent en moyenne seulement 0,18 euros, malgré un temps de travail excédant souvent 12 heures », épingle pour sa part Oxfam. Des constats qui n'effraient en rien Cargolux, qui espère maintenir ses profits en haute altitude en 2025.

Luxemburger Firma soll Amazonas zerstören

(ja) – Das weltweit größte Fleischverarbeitungsunternehmen JBS, das mehrere Holdinggesellschaften in Luxemburg hat, wird die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes nicht wie versprochen bis Ende des Jahres beenden. Zu diesem Schluss kommt eine gemeinsame Untersuchung von The Guardian, Reporter Brasil und Unerthed. Bei Letzterer handelt es sich um die „investigative Journalismus-Abteilung“ von Greenpeace UK. JBS verschleiße absichtlich die Augen vor einer Praxis, die „Cattle Laundering“ genannt wird. Dabei wird die Herkunft der Rinder verschleiert, indem nur der letzte Betrieb, in dem diese gehalten wurden, genannt wird. Neben diesem versteckten Bezug von Rindern aus Betrieben, die an der Abholzung des Amazonas beteiligt sind, wirft Greenpeace dem Unternehmen auch vor, durch seinen Methanausstoß „der größte Treibhausgasemittent der globalen Fleisch- und Milchindustrie“ zu sein. Weltweit stehe der Konzern, der unter anderem die Fastfoodkette „McDonald's“ beliefert, an fünfter Stelle der größten Methanemittenten. Der hiesige Finanzplatz profitiert von dieser Umwelt- und Klimazerstörung: JBS habe „Luxemburg in den Mittelpunkt seiner Finanzströme gestellt“, so Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg. Die NGO appelliert in diesem Kontext an die Regierung, das EU-Mercosur-Abkommen abzulehnen und die EU-Entwaldungsverordnung vollständig umzusetzen.

Historische und stark ansteigende TFA-Belastung

(mes) – Die gesundheitsgefährdende Trifluoressigsäure (TFA) ist in hoher Konzentration in europäischen Weinen nachgewiesen worden, auch in Flaschen aus den 1980er-Jahren. Dies ist Inhalt einer am vergangenen Mittwoch vorgestellten Studie des Europäischen Pestizid-Aktionsnetzwerks (Pan Europe). Insgesamt wurden 49 Weine aus zehn EU-Ländern untersucht. Spitzenreiter sei Wein aus Österreich mit 320 µg/L, während in kroatischen Weinen der niedrigste Wert von 12 µg/L gefunden wurde. Dennoch „handelt es sich um ein globales Problem“, so der Chemiker Michael Müller von der Universität Freiburg. Auch Luxemburg ist betroffen: Mit Konzentrationen zwischen 64 und 53 µg/L liegen drei der vom Méco gesammelten Proben zwar im EU-Mittelfeld – doch dies liege um das Fünffache über dem von der luxemburgischen Gesundheitsdirektion für Trinkwasser vorgegebenen Referenzwert, kritisiert die NGO. Vor allem bei Weinen ab 2020 steigt die Konzentration stark an, aber auch Weine von 1987 sind belastet. Hauptquelle von TFA seien fluorierte Kühlmittel (F-Gase), deren Nutzung in den späten 1980er-Jahren zunahm, und PFAS-Pestizide, die zu TFA degradieren, so Pan Europe. Das Ausmaß der TFA-Belastung, das unter anderem auch in Trinkwasser vorgefunden worden ist (woxx 1816 und woxx 1795), sei laut den NGOs „alarmierend“ und die Ergebnisse der neuen Studie demnach ein „Weckruf“. Sie fordern neben einem sofortigen EU-Verbot von F-Gasen und PFAS-Pestiziden, auch eine Reform der Agrarpolitik, um Winzer*innen und Landwirt*innen beim Umstieg von PFAS-Pestiziden zu unterstützen.